

## Auf dem Wege zu einer Neu- und Höherbewertung von Elternschaft?

Wingen, Max

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wingen, M. (2004). Auf dem Wege zu einer Neu- und Höherbewertung von Elternschaft? *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Bevölkerungsforschung 2004/2, 7-13. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-201640>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Auf dem Wege zu einer Neu- und Höherbewertung von Elternschaft?<sup>1</sup>

Max Wingen

Unter dem Eindruck der derzeitigen demographischen Problemlage in Deutschland kommt es hoffentlich zu einer Renaissance der Familienpolitik mit Integration einer auch bevölkerungsbewussten Akzentuierung, wie sie im Nachbarland Frankreich – mit gewissen zeitweiligen Schwankungen – im Grunde seit Jahrzehnten mehr oder weniger selbstverständlich ist.<sup>2</sup> Wird die Politik bereit sein, bisher wirksame ideologische Scheuklappen abzulegen? Unerlässlich erscheint, dass die politischen Entscheidungsträger den *politischen Willen* aufbringen, eine solche rational einsichtig gemachte ganzheitliche, auch bevölkerungsbewusste Familienpolitik auch durchzusetzen. Ein grundlegender gesellschaftspolitischer Paradigmenwechsel ist jedenfalls überfällig. Verschiedentlich wird im politischen Raum befürwortet, die Soziale Marktwirtschaft (als Neue Soziale Marktwirtschaft) „auf eine höhere Ebene zu heben“ (Angela Merkel). Wenn dies gewollt ist, dann läuft es – ob sich deren Befürworter dessen bewusst sind oder nicht – auch im Blick auf die demographische Problemlage auf nicht mehr und nicht weniger als eine Revision auch der ethischen Grundlagen unserer Sozial- und Kulturordnung mit einer *grundlegenden Neu- und Höherbewertung der Elternschaft* und einer Besinnung auf den *Eigenwert von Kindern* hinaus. Wo immer diese Neubewertung von Elternschaft und das kindbezogene Denken wirklich mit Mut und Nachhaltigkeit erfolgen würden, würden sie ganz neue politische Prioritäten setzen, unter deren „Vorherrschaft“ für einen demographischen Fatalismus kein Platz bliebe. Hier rückt allerdings die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung auf den Prüfstand i.S. einer „Verträglichkeitsprüfung“ im Blick auf die Übernahme von Elternschaft, die unter der konkreten gesellschaftspolitischen Ausgestaltung der sozio-kulturellen und sozialökonomischen Lebensbedingungen von Familien auf Entscheidungen der einzelnen (Ehe-)Paare beruht,

- die – stets auch risikobehaftet – als „vernünftig“ erscheinen und als lebenssinnstiftend erlebt werden können,
- die in personaler Freiheit und Verantwortung sowie in Kenntnis ihrer Tragweite getroffen werden und
- deren Gemeinwohlbezug sich für die einzelnen als evident erweist.

Diese wohl erst in Umrissen erkennbare gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung, in der den gegenwärtig unverkennbar vorhandenen Zügen eines ausgeprägten Hedonismus ebenso verändernd zu begegnen ist wie Tendenzen zum Ausleben eines individuellen Egoismus, wird sich nicht von selbst einstellen, sondern muss durch eine vorbedachte und bewusste Sozialordnungspolitik ange-

---

1 Auszug (Kapitel IV. Ausblick) aus Max Wingen: Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft, Bd. 4 der Reihe Connex - gesellschaftspolitische Studien, Graf-schaft 2004, ISBN 3-929304-53-8, 144 S.

2 Dazu siehe noch aus jüngster Zeit den Aufsatz „Familienpolitik in Frankreich“ in den Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 7/03, in dem allerdings für Frankreich auch festgehalten wird, der Zusammenhang zwischen Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen einerseits und der Verbindung von Kindern bzw. Berufstätigkeit andererseits sei keineswegs eindeutig; denn viele Frauen seien aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, erwerbstätig zu sein. Zukünftig soll es Müttern ermöglicht werden, länger als bisher ihr Kind nach der Geburt alleine zu betreuen.

strebt und gestaltet werden. Wenn es richtig ist, dass die Bejahung des *gesellschaftsordnungspolitischen* (und nicht nur *wirtschaftsordnungspolitischen*) Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft auch von dem begründeten Vertrauen abhängt, nicht nur am Erfolg des Systems teilzuhaben, sondern auch in Problemlagen durch Schutzmechanismen aufgefangen zu werden, dann muss dies gerade für junge Eltern eine ausreichende Berücksichtigung des nicht selten auftretenden Konflikts zwischen familiären Verpflichtungen und der damit in Übereinstimmung zu bringenden, wenngleich dann auch mehr oder weniger begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten insbesondere im Erwerbsarbeitsleben einschließen. Nur dann können den betroffenen Familien die Erfordernisse des Wirtschaftsprozesses und die sozialen Lebensbedürfnisse „jenseits des Marktes“ als im Gleichgewicht befindlich erscheinen. Indem eine familienorientierte Wirtschafts- und Erwerbsarbeitsordnung einen wirksamen Beitrag leistet zur Vergrößerung der *Chancengleichheit für die Verwirklichung von Lebensentwürfen mit Kindern* in der Konkurrenz zu nichtfamilialen Lebensformen, trägt sie zur Festigung des ordnungspolitischen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft im Bewusstsein breiter Schichten bei. Hier vollzieht sich gerade für Menschen und junge Eltern, die bewusst Elternverantwortung gemeinwohldienlich übernommen haben oder zu übernehmen bereit sind, in aller Stille ein *Glaubwürdigkeitstest* auf die Soziale Marktwirtschaft.

Unter der unverkennbar zum sozio-kulturellen Wandel gehörenden Tendenz einer eher noch wachsenden „Individualisierung“ kann ein an sich begrüßenswertes Leitbild der Gesellschaft mit der vergrößerten Möglichkeit der individuellen Lebensgestaltung gemeint sein; dies führt tendenziell zu einer weiteren Ausdifferenzierung auch von elterlichen Lebensstilen. Sie kann aber auch - zu Lasten von Elternschaft - auf tendenziell durchaus vorhandene individualistische, (zu) wenig gemeinschaftsbezogene Lebenseinstellungen hinauslaufen. Hier liegen unverkennbare Gefahren, die damit für die gesellschaftliche Entwicklung verbunden sein können: *Ebenso wenig wie die reine Kapitalorientierung eine langfristig überlebensfähige Wirtschaftsordnung sichern kann, kann eine Individualisierung der Gesellschaft i. S. einer rein individualistischen, gesellschaftliche Bezüge des einzelnen mehr oder minder ausblendenden Grundeinstellung ein dauerhaft tragfähiges Miteinander einschließlich ausgeglichenerer demographischer Strukturen sicherstellen.*

Selbst wenn nun insbesondere ordnungspolitische Ansatzpunkte konsequent aufgegriffen werden, bleibt freilich die Frage, ob dies in jedem Falle ausreichend erscheint, um gesamtgesellschaftlich befriedigende demographische Strukturen dauerhaft zu sichern. Immerhin muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass - solange gesellschaftliche Bezüge in den generativen Entscheidungen zu schwach ausgeprägt sind - unter dem Einfluss von Kalkülen, in die vorwiegend die privaten Folgen der individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder eingehen, die Vielzahl der einzelnen generativen Paarentscheidungen noch nicht eine gesamtgesellschaftlich erwünschte demographische Entwicklung gewährleistet. Und doch sind hier die grundlegenden individuellen Rechte (des Mannes und der Frau) im generativen Feld zu beachten. Sie setzen als Gegenpol zu gesamtgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen zur Bevölkerungsentwicklung eines Gemeinwesens wichtige Grenzen für politisches Handeln in der Verfolgung solcher gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. Diese dürfen nicht gegen das umrissene grundlegende Recht der einzelnen Paare auf freie, verantwortliche und informierte Entscheidung über die Zahl der Kinder zu verwirklichen versucht werden. Maßnahmen, welche die personale Freiheit der einzelnen Paare in ihrer generativen Entscheidung beeinträchtigen, können in unserer Sozialordnung nicht akzeptiert werden.

Muss Politik sich also u.U. damit abfinden, wenn die Entscheidungen der einzelnen im Ergebnis etwa zu einem Bevölkerungsrückgang in einem als sozial unerwünscht angesehenen Ausmaß führen? Ehe sich diese Frage in aller Radikalität stellt, hat die Politik zuvor die gesellschaftlichen Bedingun-

gen so zu gestalten, dass von wirklich freien Entscheidungen gesprochen werden kann. Und hier besteht erheblicher, bisher bei weitem nicht ausgefüllter Handlungsspielraum. Dieser ist freilich ein Spielraum zum *Handeln*, nicht eine Plattform zu verbalen Deklamationen. Auch die auf der Vielzahl der generativen Entscheidungen auf der Mikroebene beruhende Bevölkerungsentwicklung ist kein „schicksalhafter“ Prozess, der außerhalb der von der Gesellschaftspolitik gesetzten Rahmenbedingungen für die Vielzahl der generativen Entscheidungen auf der Mikroebene abläuft.<sup>3</sup> Wenigstens in Teilen der Politik wird - wenn auch sehr verspätet - bewusst, dass schon vor ein bis zwei Jahrzehnten mit einem nachhaltigen Hinwirken auf ausgeglichene demographische Strukturen hätte begonnen werden müssen. Dennoch sollte sich die Politik nicht zu der These verleiten lassen, politische Anstrengungen nützen heute ohnehin nichts mehr. Es ist schon sehr spät, aber noch nicht zu spät!

Damit werden freilich auch folgenreiche Probleme im Verhältnis von (Tages-)Politik und demographischem Prozess sichtbar: Bei den demographischen Vorgängen haben wir es, wie im engeren Kreis der Fachöffentlichkeit immer wieder betont worden ist, durchweg mit Prozessen zu tun, die weit über eine Legislaturperiode hinausreichen. Mit kurzatmigem Aktionismus ist hier nichts zu bewirken. *Der naheliegende Wunsch der Politiker, am Beginn einer Legislaturperiode zu säen, um an ihrem Ende das dadurch Bewirkte zu ernten, lässt sich hier nun einmal nicht erfüllen.* Damit wird ein Problem in unserer real existierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie berührt, das eine rationale Politik im Blick auf eine gemeinwohldienliche Rahmensteuerung der demographischen Entwicklung, insbesondere der Geburtenentwicklung, erschwert. *Hier sind Langfristperspektiven gefragt, die keinen tagespolitischen Erfolg versprechen (können).* Die verantwortliche Gestaltung der künftigen Entwicklung verlangt längst ein verstärktes Denken in Generationen - anstelle eines

3 F.X. Kaufmann kritisiert zu Recht einen von ihm auch früher schon nicht geteilten „demographischen Fatalismus“ (siehe: Kein Glückwunsch, ein Beitrag in der Diskussionsrunde zur Familienpolitikberatung anlässlich von 50 Jahren Bundesfamilienministerium, Zeitschr. f. Familienforschung, H. 3/2003, S. 302) und sieht diesen Fatalismus jüngst (Gibt es einen Generationenvertrag?, in: FAZ v. 12.7.2004, S. 7) ausdrücklich als charakteristisch für die veröffentlichte Meinung an. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung werde als Schicksal angesehen, das man nicht wesentlich beeinflussen könne. Nun erweist sich die veröffentlichte Meinung ja bei den politischen Entscheidungsträgern immer wieder als sehr einflussreich. Aus dem engeren Kreis der an der bevölkerungs- und familienwissenschaftlichen Fachdiskussion Beteiligten müssen sich nicht wenige darauf hin befragen lassen, ob sie nicht diese fatalistisch anmutende Grundeinstellung durch verallgemeinernde Urteile über die Wirksamkeit von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen gefördert haben. - Der Verf. hat dieser Position seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gerade im Blick auf die Geburtenentwicklung in den westeuropäischen Industriegesellschaften wiederholt widersprochen; siehe etwa: M. Wingen, Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart 1975; Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschaftspolitische Aufgabe, in: aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B 52/1977; Bevölkerungsentwicklung - eine politische Herausforderung (Demographische Tatbestände und Zusammenhänge, Neue Probleme und offene Fragen, Bevölkerungspolitische Perspektiven), München 1980, bes. S. 103 ff.; Art. "Bevölkerung" in: Staatslexikon, 7. Aufl., 1. Bd., Freiburg i. Br. 1985, hier Abschn. IV, Sp. 762; Die Bevölkerungsentwicklung in den Industriestaaten - Schicksal oder Gestaltungsaufgabe?, in: W. Engels (Hrsg.), Arbeit und Einkommensverteilung in der Informationsgesellschaft der Zukunft, Heidelberg 1990, S. 129 - 146; Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik - ein erneutes Plädoyer -, in: Familienpolitische Denkanstöße - Sieben Abhandlungen -, Connex gesellschaftspolitische Studien Bd. 1, Graftschaft 2001, S. 193 ff. - Aus jüngerer Zeit sei besonders auf die umfangreiche Arbeit (Habil.-Schr.) von T. Mayer, Die demographische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung, Frankfurt a.M. 1999, verwiesen, in der die These, dass die Bevölkerungsentwicklung kein unabwendbares Schicksal darstellt, ebenfalls nachdrücklich und sehr nachlesenswert untermauert wird.

Denkens in Legislaturperioden. Die Politiker sollten ihre familienpolitischen Entscheidungen vielleicht auch weniger an den Demoskopen ausrichten als vielmehr an den Demographen.

Im Blick auf ein wiederwahlorientiertes Kurzfristedenken von politisch Verantwortlichen haben H.-P. Klös u. R. Kroker (vom Institut der deutschen Wirtschaft) jüngst die bedeutsame Frage aufgeworfen, ob es sich bei der mangelnden Durchsetzung von „Nachhaltigkeitserwägungen“ (trotz aller diesbezüglichen Rhetorik) nur um eine „degenerative Entwicklung oder einen grundsätzlichen und damit nur konstitutionell behebbaren Konstruktionsfehler einer parlamentarischen Demokratie“ handelt.<sup>4</sup> Mit dieser für die Zukunft von Gesellschaft und Wirtschaft schwerwiegenden Frage wird auf einen nicht leicht auflösbaren Widerspruch verwiesen, der sich zwischen zwei Sachverhalten ausmachen lässt: zwischen dem angesichts der demographischen Herausforderung notwendigen Langfristedenken und darin als ausgesprochenen Langfristaufgaben begründeten politischen Maßnahmen einerseits und unleugbaren Sachzwängen, aber auch Interessenzwängen, die etwa aus Wahlen für auf Machterhalt oder -gewinn bedachte politisch Handelnde erwachsen, andererseits. Die gestellte grundsätzliche Frage soll hier ebenso wenig beantwortet werden wie von den beiden genannten Autoren. Sie rührt im Übrigen an die weiterreichende Frage nach Strukturreformen des gesamten politischen Systems. Eine Antwort könnte möglicherweise auch in der Richtung zu suchen sein, dass sich erst unter zusätzlichen, noch näher zu klärenden Bedingungen in unserer real existierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie solche „degenerativen Erscheinungen“ einstellen. Zu diesen Randbedingungen gehört sicherlich der von den Autoren genannte Medieneinfluss; zu denken wäre aber auch an eine ungenügend ausgeprägte „politische Reife“ in der Breite der Gesellschaft, was auf eine unzureichende politische Bildung zurückverweisen würde, sowie an eine unbewältigte Diskrepanz zwischen individuellen Interessen und Gemeinwohlorientierung in einer doch sehr stark individualistisch geprägten Gesellschaft. Jedenfalls verweist die Frage von der demographischen Seite her auf ein tiefer reichendes Problem des noch keineswegs befriedigend bewältigten Umgangs mit gesellschaftspolitischen Langfristaufgaben.

Aus dem Umfeld des „Club of Rome“ kommt der Hinweis, dass Gesellschaften offensichtlich erst durch *Schocks* lernen. Solche Schocks sind auf dem Feld des demographischen Wandels kaum öffentlichkeitswirksam zu antizipieren; sie treten in das öffentliche Bewusstsein, wenn die Langzeitschäden schon eingetreten sind und erst nach Jahrzehnten wieder mühsam und schrittweise korrigiert werden können. Die unverändert hohe Verantwortung der Familien- und Bevölkerungswissenschaftler gegenüber den politischen Entscheidungsträgern muss mehr denn je die Klärung der verantwortlichen Gegensteuerung in ihren Möglichkeiten (und in unserer Sozialordnung auch Grenzen) in Bezug auf die Korrektur des zu niedrigen Geburtenniveaus einschließen. Es gilt, Politik und Öffentlichkeit mit dem nötigen Nachdruck und politikwirksam - unbeirrt von wenig sachbezogenen, teils sogar diffamierenden Anwürfen leider auch im Gewande der Wissenschaftlichkeit - darauf aufmerksam zu machen, dass eine auch bevölkerungsbewusste Familienpolitik eine hochdringliche, nur längerfristig mit Aussicht auf Erfolg anzugehende Aufgabe darstellt. Einer rationalen Diskussion darüber darf nicht länger ausgewichen werden.

Die Stunde eines bevölkerungs- und familienwissenschaftlich möglichst gut fundierten gesellschaftspolitischen Umgangs mit dem zu niedrigen Geburtenniveau ist unwiderruflich gekommen. Die Voraussetzungen dafür werden in den nächsten Jahren angesichts der kollektiven Alterung der Bevölkerung (mit einem weiter anwachsenden Anteil älterer und alter Menschen mit Stimmrecht bei

4 H.-P. Klös u. R. Kroker, *Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels*, hrsg. v. Inst. der deutschen Wirtschaft, Köln 2004, S. 395

politischen Wahlen und einem rückläufigen Anteil junger Heranwachsender mit noch fehlendem Stimmrecht) unter den Bedingungen der real existierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie eher immer ungünstiger. Vielleicht ist dies die Stunde des Erwachens einmal für Institutionen, die nicht an kurzfristige politische Erfolgsbilanzen gebunden sind, sodann für (Bürger-)Bewegungen, die dazu beitragen können, ein Bevölkerungsbewusstsein – ähnlich dem in der Vergangenheit (allerdings mit erheblicher staatlicher Förderung) entwickelten breitenwirksamen Umweltbewusstsein – auszuprägen, sowie vor allem auch für in eigenverantwortlicher Selbstorganisation gebildete Gremien innerhalb der Wissenschaften, die sich gerade auch durch ihren Beitrag zur Lösung konkreter gesellschaftlicher Probleme zu legitimieren haben. Hier rückt besonders die von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften jüngst vorgeschlagene Gründung eines „Konvents der deutschen Wissenschaft“ ins Blickfeld, der als Stimme der Wissenschaft langfristig wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen benennen, diese wissenschaftlich bearbeiten und auch der Öffentlichkeit in geeigneter Form vermitteln soll. Zu diesen Themen würde nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem weiteren Verlauf des demographischen Prozesses in nationaler und gesamteuropäischer Sicht gehören. Durch gemeinsame Anstrengungen wären für ein gemeinwohldienliches politisches Handeln in Richtung einer größeren Ausgewogenheit demographischer Strukturen Orientierungspflöcke zu setzen, hinter die die Tagespolitik nicht mehr zurück kann. Es setzt freilich bei aller notwendigen Klarheit über die verfolgten Ziele und die Problemangemessenheit des ziel- und systemkonformen Mitteleinsatzes – ohne in wirklichkeitsfremde Illusionen zu verfallen – auch den Glauben an die wirklichkeitsverändernde Kraft von beharrlich verfolgten „realistischen Utopiequanten“ voraus.

Zu den *Perspektiven* des weiteren Umgangs mit dem eingetretenen massiven Geburtenrückgang ist zusammenfassend festzuhalten:

- (1) Die Geburtenentwicklung einfach laufenlassen? – Das wäre ein verhängnisvoller, durch nichts begründeter Fehler, wäre verantwortungslos gegenüber den nachfolgenden Generationen und in hohem Maße gemeinwohlvergessen. Die Nachwuchssicherung beginnt in unserer sozialhistorischen Situation mit einer Erleichterung und verantwortlichen Förderung der Entscheidungen zur Übernahme von Elternverantwortung.
- (2) Mit der Geburtenentwicklung „sich gesundschrumpfen“? – Das wäre eine große demographische Illusion: Ein Bevölkerungsrückgang, bei dem (wie bei dem gegenwärtigen Geburtenniveau in der deutschen Bevölkerung) diese von einer Generation auf die nächste um ein Drittel abnimmt, lässt sich nicht auf einem später erreichten und dann als erwünscht angesehenen Bevölkerungsstand anhalten; wenn ein gegenüber heute deutlich niedrigeres, dann aber nicht weiter so rückläufiges, sondern mehr einem stationären Bevölkerungsprozess angenähertes Bevölkerungsniveau befürwortet wird, muss in den nächsten Jahren auf eine Anhebung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau als des für dieses Ergebnis maßgeblichen Bestimmungsfaktors hingewirkt werden. In dem Maße, in dem letzterer immer noch hinter den für eine angenähert stationäre Bevölkerungsentwicklung zurückbliebe, wäre Raum für eine „gelenkte Schrumpfung“.
- (3) Mit dem Geburtenrückgang leben und „das Beste daraus machen“? – Das wäre eine nicht gerechtfertigte fatalistische Einstellung gegenüber der Geburtenentwicklung. Vielfältige Anpassungsmaßnahmen an den kurz- bis mittelfristig programmierten Bevölkerungsprozess sind auf den verschiedenen wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Handlungsfeldern angesagt und rechtzeitig zu bedenken, um die Auswirkungen des demographischen Wandels mehr oder weniger abzufedern. Aber das ist kein Ersatz für die Einleitung einer gleichfalls notwendigen Kausaltherapie, die auf das generative Verhalten gerichtet ist. Die Geburtenentwicklung ist kein eher re-



signativ hinzunehmender, unabwendbarer Prozess, sondern – wenn auch besonders in einer freiheitlichen Sozialordnung begrenzt - der gemeinwohlorientierten Gestaltung zugänglich.

- (4) Eine auf Grund niedriger Fruchtbarkeitsraten stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung durch verstärkte Einwanderung ausgleichen? – Das könnte allein keine Lösung sein. Alle vorliegenden demographischen Berechnungen und Einsichten bestätigen, dass eine kompensatorisch verstandene Einwanderung in den Größenordnungen, die wegen der damit verbundenen Probleme der sozialen Integration verbunden sind, nur auf eine Abschwächung der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung hinauslaufen kann. Eine „gelenkte Einwanderung“ kann – und sollte – ein zusätzliches Element der Bewältigung der demographischen Problemlage sein.
- (5) Die Geburtenentwicklung nach staatlichen Planvorgaben mit individuellen Verhaltensanweisungen und materiellen Anreizen, die deutlich über die durchschnittlichen Aufwendungen der Familien für Kinder hinaus gehen oder sich an selektiven Auswahlkriterien orientieren, das generative Verhalten steuern wollen? – Das wäre mit einer freiheitlichen Sozialordnung unvereinbar und würde an eine Vergewaltigung von individueller Lebensplanung grenzen, ganz abgesehen davon, dass reine „Anreizpolitiken“ erfahrungsgemäß nur mehr oder weniger kurzfristige „Pusch-effekte“ bewirken.
- (6) Die Geburtenentwicklung in unserer sozialhistorischen Situation – im EU-weiten Kontext – durch Beseitigung der nachweislichen, relativ großen Diskrepanzen zwischen den Kinderwünschen der einzelnen und den von ihnen gegenwärtig tatsächlich getroffenen Entscheidungen für oder gegen Kinder näher an ein gesellschaftlich als erwünscht anzusehendes Niveau anzuheben versuchen, bei dem individuelle und kollektive Rationalität auf freiwilliger Grundlage (in etwa) übereinstimmen? – Das ist unter Wahrung der wirklich freien, personal und damit auch sozial verantwortlichen generativen Entscheidungen der einzelnen (Paare), die ihre Entscheidungen wohlinformiert über deren langfristige Tragweite und in Mündigkeit treffen, zwar nicht unbegrenzt machbar, aber bildet in konsequent sozialreformerischem Ansatz ein erfolgversprechendes und gemeinwohldienliches gesellschaftsordnungspolitisches Handeln, das auf ein isoliertes Drehen an einzelnen „Stellschrauben“ verzichtet. Es setzt freilich – eingebettet in einen übergreifenden Wandel der Wirtschafts- und Sozialkultur - die Sensibilität der für die vielschichtigen Bestimmungsfaktoren des Geburtenverhaltens politisch mit verantwortlichen staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger ebenso voraus, wie es auf ein Überdenken wertbesetzter individueller Lebensziele hinausläuft.

Angesichts der gesellschaftlichen und persönlichen Tragweite des Problems erscheint dies in Wahrnehmung der Fernverantwortung (Hans Jonas) des Einsatzes aller verantwortlichen Kräfte wert, und zwar als Bestandteil eines „policy mix“, zu dem auch eine gelenkte bewältigbare Einwanderung gehört. Alle aufeinander abgestimmten und an Nachhaltigkeit orientierten Ansätze dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die in mangelnder Ausgewogenheit von persönlichen Eigeninteressen und Gemeinwohlbelangen, aber auch in Existenzunsicherheit und Zukunftsangst gründende Geburtenkrise zutiefst auch als Sinnkrise des „modernen“ Menschen zu verstehen ist. Eine familien- und kindbewusste gesellschaftliche Ordnungspolitik kann indessen wesentlich dazu beitragen, dass dieser Lebenssinn nicht verschüttet wird und zugleich die in weiten Teilen von Politik und Öffentlichkeit anzutreffenden Vorstellungen von einer Ohnmacht gegenüber einer „determinierten“ Geburtenentwicklung überwunden werden. Das ist mehr als eine vage Hoffnung – wenn eine solche Politik nur mit Konsequenz gewagt wird.

**Zur Person**

*Dr. rer. pol. Max Wingen* ist Ministerialdirektor a.D. und Hon.-Professor an der Univ. Konstanz. Das Schwergewicht seiner wissenschaftlichen Arbeit liegt im Bereich der interdisziplinär gesehenen Familienwissenschaft (in Verbindung gerade auch mit der Bevölkerungswissenschaft) und der theoretischen Grundlagen der Familienpolitik, deren auch demographische Akzentuierung er seit Jahren betont hat.